



Der Kreistag des Landkreises Teltow-Fläming

Ausschuss für Landwirtschaft und Umwelt

Niederschrift

über die 12. öffentliche, nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für Landwirtschaft und Umwelt am 03.06.2021 im Kreistagssaal, Am Nuthefließ 2 in 14943 Luckenwalde.

Anwesend waren:

Ausschussvorsitzende

Frau Gertrud Klatt

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Uwe Groschwitz
Herr Winand Jansen
Herr Uwe Schätzel
Frau Dr. Ricarda Voigt
Herr Jan Bartoszek
Herr Hans-Georg Nerlich
Herr Dr. Rüdiger Prasse
Herr Felix Thier

Vertretung für Herrn Jens Wylegalla

Sachkundige Einwohner

Herr Marc Ulrich Grund
Herr Mario Kuwald
Herr Peter Wetzel

Beigeordnete und Leiterin des Dezernates III

Frau Dietlind Biesterfeld

Verwaltung

Herr Dr. Manfred Fechner

Entschuldigt fehlten:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Jens Wylegalla

Sachkundige Einwohner

Frau Antje Drangusch

Herr Milan Hänsel

Herr Mario Schwanke

Verwaltung

Frau Katja Woeller

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr

Ende der Sitzung: 20:15 Uhr

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung und Bestätigung der Tagesordnung
- 2 Einwendungen gegen die Niederschriften der Sitzungen vom 11.03.2021 und 25.03.2021
- 3 Einwohnerfragestunde
- 4 Anfragen der Ausschussmitglieder
- 5 Mitteilungen der Verwaltung
Beschlussvorlagen
- 6 Entwicklung der Liegenschaft „ehemaliger Flugplatz Sperenberg/Heeresversuchsstelle Kummersdorf“ 6-4521/21-IV/1
- 7 Petition der Wildpark Johannismühle GmbH & Co. KG und der Falknerei Stubbe im Wildpark 6-4441/21-KT
- 7.1 Erläuterung der Petition

Nichtöffentlicher Teil

- 7.2 Stand der verwaltungsrechtlichen Verfahren

Öffentlicher Teil

- 7.3 Beschlussempfehlung
- 8 Umsetzung des Kreistagsbeschlusses Nr. 6-4005/19-III/2, Zusätzliche Aktivitäten zur Begrenzung der Erderwärmung, Punkt 3: Nachhaltigkeitsrichtlinie 6-4459/21-III
- 9 Vertretung des Kreistags im Netzwerk "Klimaschutz und Nachhaltigkeit im Landkreis Teltow-Fläming" bei der Klimaschutzkoordinierungsstelle des Landkreises 6-4481/21-III

Öffentlicher Teil

TOP 1

Eröffnung der Sitzung und Bestätigung der Tagesordnung ()

Frau Klatt begrüßt alle Anwesenden zur 12. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Landwirtschaft und Umwelt.

Frau Klatt lässt über das Rederecht für Herrn Dr. Fechner, Frau Dr. Neuling, Herrn Trebschuh, Frau Wagner, Herrn Bleschke sowie des Geschäftsführers des Wildparks Johannismühle GmbH & Co. KG, Herrn Tayeb, abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	8
Nein-Stimmen	0
Enthaltungen	0

Abstimmung über die Tagesordnung:

Ja-Stimmen	8
Nein-Stimmen	0
Enthaltungen	0

Die Tagesordnung ist einstimmig angenommen.

TOP 2

Einwendungen gegen die Niederschriften der Sitzungen vom 11.03.2021 und 25.03.2021 ()

Es liegen keine schriftlichen Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung vom 11.03.2021 vor.

Frau Dr. Voigt trägt mündlich eine Einwendung zu TOP 6.2 (A 67) vor.

Die Anregung von Frau Klatt, dass Frau Dr. Voigt einen Antrag formulieren soll, ob die UNB mit den zur Verfügung stehenden Stellen ihren Pflichtaufgaben nachkommen kann, fehlt in der Niederschrift. Sie bittet, diese noch aufzunehmen.

Herr Thier empfiehlt daraufhin, Änderungen, Ergänzungen o. ä. vorher schriftlich einzureichen, damit alle Ausschussmitglieder im Vorfeld Kenntnis davon bekommen.

Frau Biesterfeld ergänzt dazu, dass Einwendungen gegen Niederschriften lt. Geschäftsordnung schriftlich einzureichen sind.

Abstimmungsergebnis zur Aufnahme dieser Ergänzung:

Ja-Stimmen	8
Nein-Stimmen	0
Enthaltungen	0

Abstimmungsergebnis zur Niederschrift vom 25.03.2021

Ja-Stimmen	8
Nein-Stimmen	0
Enthaltungen	0

TOP 3

Einwohnerfragestunde ()

Keine Wortmeldungen.

TOP 4

Anfragen der Ausschussmitglieder ()

Den Ausschussmitgliedern gingen Antworten zu Anfragen aus der Sitzung des Ausschusses vom 25.03.2021 zu.

Frau Dr. Voigt hat

1. Nachfragen zur Anfrage des Herrn Dr. Rüdiger Prasse bezüglich des „Pfefferfließes“:

a) Unklarheit besteht über die eingefügte Tabelle.

b) In der Antwort vom 10.03.2021 wird nur § 39 Wasserhaushaltsgesetz angeführt, das in sich widersprüchlich ist. Im § 6 werden die Ziele einer nachhaltigen Gewässerbewirtschaftung aufgezeigt, der Wasser- und Bodenverband bezieht sich aber nur auf die Bewirtschaftung nach § 39. Zum Pfefferfließ gibt es einen Managementplan und Entwicklungskonzepte, aus denen klar hervorgeht, dass auf die Gewässerunterhaltung weitestgehend verzichtet werden soll. Es geht um Wiedervernässung von Niedermoorböden und die Zurückhaltung des Wassers und nicht darum – wie in der Antwort formuliert – dass das Wasser möglichst schnell abfließen kann.

2. In der Antwort auf die Frage des Herrn Dr. Prasse zu den UV-C Filtern in Bussen des ÖPNV wird auf Untersuchungsergebnisse hingewiesen, die nicht veröffentlicht werden können. Man kann diese lediglich irgendwo einsehen. Frau Dr. Voigt merkt an, dass Untersuchungsergebnisse in den allermeisten Fällen veröffentlicht werden und damit kann und darf gearbeitet werden. Die Antwort ist nicht zufrieden stellend.

Sie stellt weiterhin fest, dass aus ihrer Sicht auch die Antwort auf ihre Frage zum „Hollert-Graben“ unbefriedigend ist. Hier wurde entlang des Grabens eine ganze Schneise freigeschlagen. Es handelt sich hier sehr wohl um Laubholz und nicht nur um Kiefern und Fichten. Die Antwort trifft eher für andere Stellen im FFH-Gebiet zu, allerdings sind dort auch kleinere Kahlschlagflächen zu sehen, die mit dem FFH-Managementplan nicht zu vereinbaren sind, denn dort geht es eher um die Entnahme von Nadelhölzern und Waldumbau in einen Laubmischwald und nicht um eine Waldverwüstung.

Herr Dr. Fechner antwortet auf den **Teil 1a)** der Frage. Die Tabelle hätte in der Antwort nicht erscheinen sollen. Sie stammt lediglich aus dem verwaltungsinternen Vordruck für Aktenvermerke.

Die Antwort zum Teil 1b) wird nach Prüfung und Recherche nachgereicht.

Herr Jansen fragt ergänzend zur Anfrage vom 25.03.2021 und Antwort vom 21.04.2021 (Schweinehaltungsbetrieb):

a) zur Umwidmung (Nutzungsänderung), ob die Untere Bauaufsichtsbehörde zwischenzeitlich tätig geworden ist.

b) am 03.04.2021 stellte er im AfRB bezüglich der Bauleitplanung eine Frage. Frau Biesterfeld antwortete daraufhin, dass dies auch im ALU behandelt wird. Herrn Jansen liegt derzeit noch keine gemeinsame Antwort vor.

Frau Biesterfeld wird prüfen, ob eine Beantwortung offen ist.

Herr Trebschuh stellt zur **2. Nachfrage von Frau Dr. Voigt** klar, dass eine Begründung für die Nichtveröffentlichung der Untersuchungsergebnisse vorliegt. Die Möglichkeit der Einsichtnahme der Ergebnisse ist dennoch gegeben. Es geht darum zu ergründen, ob

bezüglich der Anschaffung der UV-C Filteranlagen auf die richtige Technik gesetzt wurde. Das kann im Amt nachgelesen werden. Bei Interesse lädt er Frau Dr. Voigt gern zu einem Termin ein.

Herr Thier fragt bezüglich des Naturparks „Baruther Urstromtal“ nach, ob seitens der Anrainer-Kommunen Rückfragen zu fachlicher Begleitung an die Verwaltung gestellt wurden. **Frau Biesterfeld** gibt Auskunft und teilt mit, dass die Landrätin sich mit einem Schreiben an die betreffenden Kommunen gewandt, um Rückmeldung zu den dortigen Voten gebeten und über entsprechende Beschlüsse des ALU informiert hat.

Herr Dr. Fechner ergänzt, dass ein Rücklauf aus der Gemeinde Baruth/Mark vorliegt. Das Thema wird in der Gemeinde derzeit ohne Beteiligung der Kreisverwaltung im Ausschuss behandelt. Sollte weiterer Informationsbedarf bzw. Fragen auftreten, würde die Kommune Unterstützung für die Behandlung in der Stadtverordnetenversammlung anfordern. Weitere Anforderungen aus anderen Gemeinden liegen nicht vor.

Frau Dr. Voigt ist nicht klar, wie die Verwaltung bezüglich der Moderation vorgeht.

Frau Biesterfeld erklärt: Den Kommunen wurde ein Angebot zur Unterstützung unterbreitet. In welcher Form diese die Unterstützung annehmen, obliegt ihnen selbst.

Frau Dr. Voigt hat eine Anfrage zu Ausgleichs- und Ersatzpflanzungen. Es werde oftmals festgelegt, dass es sich um standortgerechte Arten handeln soll.

- a) Was heißt standortgerecht?
- b) Zählen dazu auch nicht einheimische Arten bzw. Kreuzungen?
- c) Inwieweit sind genetisch einheitliche Sorten zugelassen?
- d) Sollten nicht gerade Linden bevorzugt werden, an denen Blattläuse gerne rangehen, wegen der Biodiversität (Insektenvielfalt)?
- f) Sollte bei den durch die UNB gemachten Vorgaben in Zukunft nicht die Biodiversitätssicherung im Vordergrund stehen und daher bei Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen nur einheimische Arten und nicht Züchtungen vorgeschrieben werden?

Herr Dr. Fechner erläutert die grundsätzliche Herangehensweise. Es obliege in erster Linie dem Betroffenen, den Ersatz zu planen. Die UNB prüfe zur Erteilung der Genehmigung, ob die Ersatzpflanzungen gesetzeskonform seien. Schriftliche Beantwortung folgt.

TOP 5

Mitteilungen der Verwaltung ()

Keine Mitteilungen der Verwaltung.

TOP

Beschlussvorlagen ()

TOP 6

Entwicklung der Liegenschaft „ehemaliger Flugplatz Spereberg/Heeresversuchsstelle Kummersdorf“ (6-4521/21-IV/1)

Herr Trebschuh erläutert einleitend, dass in der Ausschusssitzung des AfRB der Vorschlag von Herrn Dr. Prasse, den Beschlussvorschlag zu ändern, durch die Landrätin übernommen wurde. Gleichzeitig wurde im Sachverhalt eine Ergänzung vorgenommen. Da bei der Kommunalen Arbeitsgemeinschaft die Erwähnung der Mitgliedschaft der Stadt Trebbin versäumt wurde, sei dies nun nachgeholt worden. Die aktualisierte Vorlage.-Nr. 6-4521/21-IV/1 ist den Anwesenden zu Beginn dieser Sitzung ausgehändigt worden.

Herr Trebschuh erläutert die Entstehungsgeschichte der Vorlage:

Die Bürgermeister der Kommunen Nuthetal und Am Mellensee haben sich an die zuständigen Ministerien gewandt, damit auf der Fläche eine Entwicklung vorangetrieben werden kann. Ziel ist es von Seiten der Verwaltung, den Status der Möglichkeiten unter Einbeziehung aller zuständigen Ämter zu prüfen. Eine Gesamtkonzeption soll als Hilfe und Unterstützung für die Entscheidungsfindung des Flächeneigentümers (das Land) erarbeitet werden. Dabei sollen Möglichkeiten für Wirtschafts- und Siedlungsentwicklungen unter Berücksichtigung der Belange des Natur- und Denkmalschutzes sowie ihrer Entwicklung auf Grundlage von zu erarbeitenden Managementplänen für Natur und Denkmal aufgezeigt werden.

Frau Dr. Voigt spricht sich gegen eine weitere Ansiedlung von Industrie auf die i. R. stehenden Flächen aus, da dies eine weitere Versiegelung bedeuten sowie die Schaffung weiterer Infrastruktur nach sich ziehen würde. Die Ressourcen sind begrenzt. Dieser Teil der Vorlage zielt zu sehr auf Wirtschaftswachstum ab.

Herr Jansen hält Informationen und Diskussionen in den verschiedenen Gremien für wichtig. Eine Abwägung zwischen Natur- und Denkmalschutz ist erforderlich. Aber auch Entwicklung hinsichtlich Schaffung Arbeitsplätze mit der dazugehörigen Infrastruktur sind für die Region unerlässlich. Möglichst zügig sollte ein Entwicklungsplan in Abstimmung mit dem Eigentümer erstellt werden.

Frau Biesterfeld stimmt den Ausführungen zu und unterstreicht, dass dies genau die Intention der Vorlage ist.

Herr Jansen macht deutlich, dass den Gemeinden ein beschlussfähiger Plan unterbreitet werden soll, über den abgestimmt werden soll und das Land umzusetzen hat.

Frau Nestler ergänzt, dass in den Jahren 2018/19 eine Machbarkeitsstudie mit 5 Varianten erarbeitet wurde, das Land hat sich für die Variante 3 entschieden. Sie stellte bei der Vorstellung des Regionalplanes durch Herrn Klauber fest, dass keine Industrie- und Gewerbefläche für Sperenberg in diesem Plan mit aufgenommen wurde. Dies sollte nachgeholt werden.

Herr Trebschuh stellt daraufhin klar, dass Herr Klauber deutlich gemacht hat, dass in diesem Regionalplan nur Dinge aufgenommen wurden, die aus dem derzeitigen Stand auch umsetzbar sind.

Frau Nestler unterstreicht dennoch ihre Meinung, dass die Industrie- und Gewerbefläche in den Regionalplan aufgenommen werden sollte.

Herr Jansen schlägt vor, dass im Ausschuss über den aktuellen Sachstand der Entwicklung der Liegenschaft „ehemaliger Flugplatz Sperenberg/Heeresversuchsstelle Kummersdorf“ in ca. 4 Monaten berichtet wird.

Abstimmung über die Beschlussvorlage 6-4521/21-IV

Ja-Stimmen	7
Nein-Stimmen	1
Enthaltungen	0

TOP 7

Petition der Wildpark Johannismühle GmbH & Co. KG und der Falknerei Stubbe im Wildpark (6-4441/21-KT)

TOP 7.1

Erläuterung der Petition ()

Herr Thier bittet um Abstimmung zum Rederecht des Geschäftsführers des Wildparkes, Herrn Tayeb.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	7
Nein-Stimmen	0
Enthaltungen	1

Herr Tayeb erläutert, dass es im Grundsatz um die Verlängerung der Zoo-Genehmigung geht. Voraussetzung dafür ist die in einer Nebenbestimmung geforderte Sicherheitsleistung in Höhe von 60 T€. Aufgrund der derzeitigen finanziellen Situation sei die Erbringung dieser Summe unmöglich. Da diese Nebenbestimmung seiner Meinung nach nur eine Kann-Bestimmung ist, erwarte er von der Behörde, dass keine Auflagen erteilt werden, die vom Betreiber des Wildparkes nicht umsetzbar sind. Aufgrund anstehender notwendiger weiterer Investitionen, um den Park auch weiterhin attraktiv gestalten zu können, sieht Herr Tayeb keinen Handlungsspielraum, um die Sicherheitsleistung aufbringen zu können.

Frau Biesterfeld informiert zum Umgang mit der Petition, dass der Kreistag sich lediglich mit dem Thema befassen könne. Er habe sich bereits durch die Verwaltung über den Sachstand informieren lassen, eine Entscheidung zur weiteren Verfahrensweise in der Sache sei jedoch nur durch die Verwaltung möglich. Betroffen seien im Hause das Veterinärwesen, die Bauaufsicht und das Umweltamt. Aufgrund anhängiger Gerichtsverfahren und laufender Vergleichsverhandlungen würden alle Vorgänge im Rechtsamt gebündelt. Ein schriftlicher Austausch zwischen allen beteiligten Rechtsvertretern hat stattgefunden. Ein weiterer Termin wurde vereinbart, um die Vergleichsverhandlungen im Gespräch miteinander fortzuführen. Für weitere Informationen zu rechtlichen Hintergründen stehe Frau Wagner zur Verfügung.

Frau Wagner stellt klar, dass der Kreistag für die rechtliche Beurteilung der verwaltungsrechtlichen Notwendigkeiten nicht zuständig ist. Dies obliegt der Verwaltung. Sehr wohl kann der Kreistag informiert werden, damit dieser sich eine Meinung bilden und evtl. auch Empfehlungen an alle Beteiligten (Wildpark, Falknerei und Verwaltung) aussprechen kann.

TOP 7.3

Beschlussempfehlung ()

Frau Klatt fasst für die Öffentlichkeit zusammen, dass kein Beschluss gefasst wurde. Fazit der Diskussion ist, dass Ergebnisse der in der 23. KW geführten Gespräche mit allen Beteiligten abgewartet werden. Eine Entscheidung zur Petition soll dem Kreistag überlassen werden.

Herr Thier bittet um eine Aufstellung und Mitteilung der finanziellen Situation des Wildparkes. Dies wurde zugesagt.

TOP 8

Umsetzung des Kreistagsbeschlusses Nr. 6-4005/19-III/2, Zusätzliche Aktivitäten zur Begrenzung der Erderwärmung, Punkt 3: Nachhaltigkeitsrichtlinie (6-4459/21-III)

Die Vorlage Nr. 6-4459/21-III betreffend der Umsetzung des Kreistagsbeschlusses Nr. 6-4005/19-III/2, Zusätzliche Aktivitäten zur Begrenzung der Erderwärmung, Punkt:3 Nachhaltigkeitsrichtlinie ist allen Anwesenden mit der Einladung zugegangen. Im Kreistag am 25.10.2021 soll eine Nachhaltigkeitsrichtlinie beschlossen werden, über die zuvor in allen Ausschüssen diskutiert werden soll. Weitere Vorschläge und Maßnahmen können als Ergebnis dieser Diskussionen eingebracht werden, sodass dem Kreistag eine aktualisierte Fassung zur Beschlussfassung vorgelegt werden kann.

Herr Bleschke erläutert den Inhalt anhand einer PPP, die dem Protokoll beigelegt ist.

Zur Verfahrensweise mit Änderungs- oder Ergänzungsempfehlungen wurde nochmals erläutert, dass formulierte Änderungs- oder Ergänzungsanträge für den Maßnahmenkatalog eingereicht werden können. In stattfindenden Ausschüssen sollte lediglich über eingereichte Anträge informiert werden. Vorgesehen ist, dass in der Ausschusssitzung am 23.09.2021 über alle vorliegenden Anträge diskutiert und votiert wird.

TOP 9

Vertretung des Kreistags im Netzwerk "Klimaschutz und Nachhaltigkeit im Landkreis Teltow-Fläming" bei der Klimaschutzkoordinierungsstelle des Landkreises (6-4481/21-III)

Herr Bleschke informiert über die Historie und den Sachverhalt zur Vorlage Nr. 6-4481/21-III.

Auch hierzu hat er eine PPP vorbereitet, die dem Protokoll beigelegt ist.

Herr Dr. Prasse schlägt vor, den Beschluss umzuformulieren.

Der geänderte Beschlussvorschlag wird nach der Sitzung schriftlich an die Verwaltung eingereicht.

Schriftlich nachgereicht wird folgende Formulierung:

„Zur Vertretung des Kreistags im Netzwerk 'Klimaschutz und Nachhaltigkeit im Landkreis Teltow-Fläming' bei der Klimakoordinierungsstelle des Landkreises entsendet der Ausschuss für Landwirtschaft und Umwelt ein mit einfacher Mehrheit gewähltes Mitglied“.

Luckenwalde, d.